1. Mai Zeitung

Die Zeitung zum Tag der Arbeit
SP und Gewerkschaften des Kantons Aargau
Ausgabe vom 1. Mai 2017



Zukunft für alle. Sozialer. Gerechter.

Aufruf *zum 1. Mai 2017*

Vor anderthalb Jahren haben die bürgerlichen Parteien und die Arbeitgeber den Schulterschluss proklamiert. Die Chefs der Arbeitgeber feierten den Wahlsieg. Das Parlament sahen sie nur noch als Durchlauferhitzer in ihrer Befehlsausgabe. Umverteilung, von unten nach oben, und das forsch, wollten die Schulterverschworenen. Und glaubten, dass die Kälber folgen würden.

Die Kälber folgten nicht. Sie haben sich nicht an den Strick nehmen lassen. Und dann haben sie die USR III gefällt. Das war das Meisterwerk der Schultergesellen, das war ihr Öl in den Umverteilungsmotor. Wir haben den Sand der Aufklärung geworfen – und der Motor stottert seither.

Fazit: Wir können bremsen. Wir können stoppen. Das ist schon viel. Können wir auch mehr? Können wir die Schweiz auch sozialer gestalten? Gerechter?

Ja, das können wir.

Der harte Kern der Bürgerlichen wollte die Altersvorsorge verschlechtern. Arbeitgeber, FDP und SVP wollten die AHV aushungern. Sie wollen es immer noch. Ihr Ziel: Rentenalter 67. Und weniger AHV. Der Rentenverlust in der zweiten Säule hätte nur in dieser kompensiert werden sollen. Und das auch nur teilweise. Die Menschen hätten mehr zahlen sollen, um weniger zu bekommen.

Und was haben wir erstritten? Gewiss: Zuerst einmal mit dem höheren Rentenalter für die Frauen einen Rückschritt. Auf der anderen Seite jedoch ist es uns gelungen, ein Tabu zu brechen. Zum ersten Mal seit 40 Jahren gibt es eine Rentenerhöhung, 840 Franken für die einzelnen, bis zu 2712 Franken für Ehepaare. Das ist substanziell – und bedeutet einen Schritt weg von der zweiten, hin zur ersten Säule. Gewichtig ist auch, dass die Teilzeit-Arbeitenden in der zweiten Säule besser versichert werden und ältere Arbeitslose in der PK bleiben können. Die Vorteile dieser Reform überwiegen die Nachteile. Die Vorlage macht die Schweiz ein bisschen sozialer. Und gerechter!

Wer das nicht glaubt soll bedenken: Wer schiesst aus allen Rohren gegen diese Reform? Wer redet da dauernd vom Bschiss an den Jungen, wer hält Rentenalter 67 für unumgänglich, wer findet die Solidarität mit den Reichen für überstrapaziert? Es sind die Arbeitgeberspitzen, es sind an ihrer Leine die FDP und SVP. Es sind die, die den Tarif durchgeben wollten, antisozial, jeder für sich, keine Umverteilung von hoch zu tief, weg mit den Solidaritäten! Und die NZZ liefert den medialen Sound dazu.



Wir müssen jetzt zusammenstehen und dieser Vorlage im September zum Durchbruch verhelfen. Die Schulterschlüssler geben nicht auf. Sie werden eine massive Kampagnenlawine lostreten. Sie wollen die Auseinandersetzung. Sie sollen sie haben. Und danach 5 Jahre in der Ecke schmollen.

Gerechter und sozialer: das gilt auch für die Genderfrage. Gleichheit beim Rentenalter verlangt Gleichheit zuvor. Vor allem Lohngleichheit. Hier muss endlich eine Vorlage kommen. Die Betriebe müssen Lohngleichheit kontrollieren. Wer gegen sie verstösst, muss gebüsst werden. Und es braucht viel mehr staatliches Engagement in der Betreuung der Kinder, damit die Vereinbarkeit von Erwerb und Familie für die Frauen Tatsache wird.

Gerechter und sozialer muss die Welt der Arbeit werden. Wir haben – nach dem Zwischenerfolg der SVP-Masseneinwanderungsinitiative – ein neues Saisonnierstatut und Kontingentierung verhindert. Wir haben die flankierenden Massnahmen weiter entwickelt, zwar nur bescheiden, aber gegen den harten Widerstand der Arbeitgeber. Und wir haben durchgesetzt, dass Arbeitslose bei der Stellenbesetzung einen Vorsprung erhalten sollen. Das alles sind nicht Riesenwürfe. Aber es sind Massnahmen aus jenem Holz, mit dem man die Schweiz ein bisschen sozialer und gerechter schnitzt.

Und dann haben wir anzutreten gegen ausufernde Arbeitszeiten, gegen Gratis-Überstunden. Die Arbeitgeber und ihre politischen VertreterInnen starteten einen geballten Angriff auf die Erfassung der Arbeitszeit. Das sei ein alter Zopf. Arbeiten solle man auch nachts, sonntags, am Wochenende. Was soll daran modern sein? Sozial und gerecht ist es, wenn die Menschen eine gemeinsame Zeit für das haben, was ihnen privat lieb ist. Das Private kann nicht sozialer werden, wenn immer jemand arbeiten muss.



Jetzt aber: gute Arbeit!

von Florian Vock

Ein Freund hat einen neuen Job bei einem grossen Modeunternehmen gekriegt. Er macht eine Ausbildung in der Modebranche und braucht die Praxiserfahrung. Sein Lohn: lächerlich tief. Für ihn ist das nicht besonders schlimm. Er lebt in einer Wohngemeinschaft, hat eine tiefe Krankenkassenprämie, verschwendet keinen Gedanken an die Pensionskasse und muss nur für sich selbst schauen. Also keine besonderen Gründe für ihn, sich für bessere Bedingungen einzusetzen.

Seine Mitarbeiterinnen sind nicht so unbeschwert. Sie sind alleinerziehende Mütter und müssen mit dem tiefen Lohn noch Zahnspangen bezahlen und neue Turnschuhe. Oder: Sie haben weder Geld noch Zeit, sich weiterzubilden, wie es mein Kollege machen kann. Oder: Sie sind schon über fünfzig und wissen, dass sie niemand mehr anstellen wird. Anders gesagt: Sie haben keine Wahl. Sie haben sich mit dem tiefen Lohn und den miesen Rentenaussichten arrangiert.

Auch mein Freund findet den Lohn tief – nicht wegen sich selbst, sondern weil er sieht, was seine Mitarbeiterinnen dafür finanzieren müssen. Ihn hat ein starkes Gefühl erfasst. Es heisst Solidarität.

Damit könnte diese Geschichte enden, passend zum 1. Mai. Doch ich habe ihm nicht geglaubt.

Ist seine Arbeit denn, abgesehen vom Lohn, perfekt? Gute Arbeit braucht gerechte Löhne, zweifellos. Etwas, das im Detailhandel an vielen Orten fehlt, besonders in der Mode-Industrie. Doch ihn beschäftigt etwas Anderes. Er kriegt den Arbeitsplan von Woche zu Woche. Am Mittwoch weiss er noch nicht, ob er nächsten Samstag arbeiten muss.

Diese Arbeitsbedingungen machen nicht nur seine Arbeitszeit, sondern auch seine Freizeit zum Spielball des Arbeitgebers. Er kann nichts mehr planen und es macht unsere Freundschaft schwierig. Wir können keine Konzerttickets zwei Wochen vorher kaufen oder ein Abendessen abmachen. Ich bin wütend darüber. Ein starkes Gefühl erfasste mich: Es heisst Solidarität.

Am 1. Mai demonstriere ich für meinen Freund, der bis 21 Uhr im Laden stehen muss. Und für seine Mitarbeiterinnen, die sich um die Finanzierung einer Zahnspange sorgen müssen.



Florian Vock, *Vizepräsident Aargauischer Gewerkschaftsbund (Foto: David Zehnder, 2016)*

Gegen ungerechte Löhne hilft der Lohnrechner des SGB (www.lohnrechner.ch).

Datenbasis des aktualisierten Lohnrechners sind 1,7 Millionen Löhne aus 35'000 Betrieben der Lohnstrukturerhebung 2014 des Bundesamts für Statistik. Damit lässt sich einfach der statistisch korrekte Lohn für ein bestimmtes Stellenprofil ermitteln und, wenn nötig, gegen Unterbezahlung und Lohndumping vorgehen.

Der online abrufbare Lohnrechner hat eine benutzerInnenfreundliche Führung. Dazu kommen weitere Informationen und Querverweise. Wer etwa Löhne in einer von einem Gesamtarbeitsvertrag erfassten Branche berechnet, erhält automatisch einen



Link zu diesem GAV und kann neben dem üblichen auch den Mindestlohn und weitere Eckdaten geregelter Arbeitsbedingungen ermitteln.

Der SGB-Lohnrechner bietet im Vergleich zu anderen Lohnberechnungsinstrumenten den NutzerInnen einen deutlichen Mehrwert. Erstens benützt er die umfassendste Datensammlung, was hohe Repräsentativität bedeutet. Zweitens enthält er als einziger Lohnrechner keine diskriminierenden Kriterien: Geschlecht, Aufenthaltsstatus oder Nationalität können und dürfen keine lohnrelevanten Kategorien sein. Einzig Alter, Dienstalter, Region, Ausbildung und hierarchische Stellung dürfen lohnbildend sein. Entsprechend verwendet der SGB-Lohnrechner nur diese Kategorien, während andere Lohnberechnungsinstrumente auch diskriminierende Kriterien berücksichtigen, was letztlich Lohndiskriminierung zementiert.

Wer mehr zu den Möglichkeiten bei Arbeitsplänen oder bezüglich Arbeitszeiten erfahren will, kann sich an seine oder ihre Gewerkschaft wenden. Die Adressen finden sich auf www.agb.ch → Verbände.

Am 21. Mai: JA zu „bezahlbaren Krankenkassenprämien für alle“

von Sascha Antenen

Für grosse Teile der Bevölkerung werden Krankenkassenprämien zu einer immer grösseren finanziellen Belastung.

Die Krankenkassenprämien steigen seit Jahren unkontrolliert in die Höhe und sind inzwischen - sogar, wenn man die Prämienverbilligungen berücksichtigt – zum finanziellen Hauptproblem für die Kaufkraft vieler Haushalte geworden. Im Aargau haben sie sich seit 1996 fast verdreifacht. Die Initiative „Bezahlbare Krankenkassenprämien für alle“ der SP Aargau will dies ändern.

«Sie fordert, dass niemand mehr als 10% des Einkommens für seine Prämien ausgeben soll.»

Alle die mehr ausgeben, sollen über Prämienverbilligungen entlastet werden.



Prämien steigen schneller als die Prämienverbilligungen

In den letzten Jahren hat die Regierung des Kantons einen radikalen Abbaukurs eingeschlagen. Schuld daran ist die verfehlte bürgerliche Finanzpolitik und deren Steuergeschenke an Reiche und Unternehmen. Im Bereich Gesundheit sind es die Prämienverbilligungen, die in der Vergangenheit unter den Abbaupaketen gelitten haben. Die Hürden wurden regelmässig erhöht. Während die Prämien jährlich steigen, werden die Prämienverbilligungen kaum angepasst. Auch wird die Richtprämie – die Prämie, welche der Kanton zur Berechnung der Prämienverbilligung einsetzt – nicht mehr an die effektive Durchschnittsprämie angepasst. 2016 rechnet der Kanton noch etwa mit der Hälfte des Durchschnittswertes.



Sascha Antenen
Politischer Sekretär SP Kanton Aargau

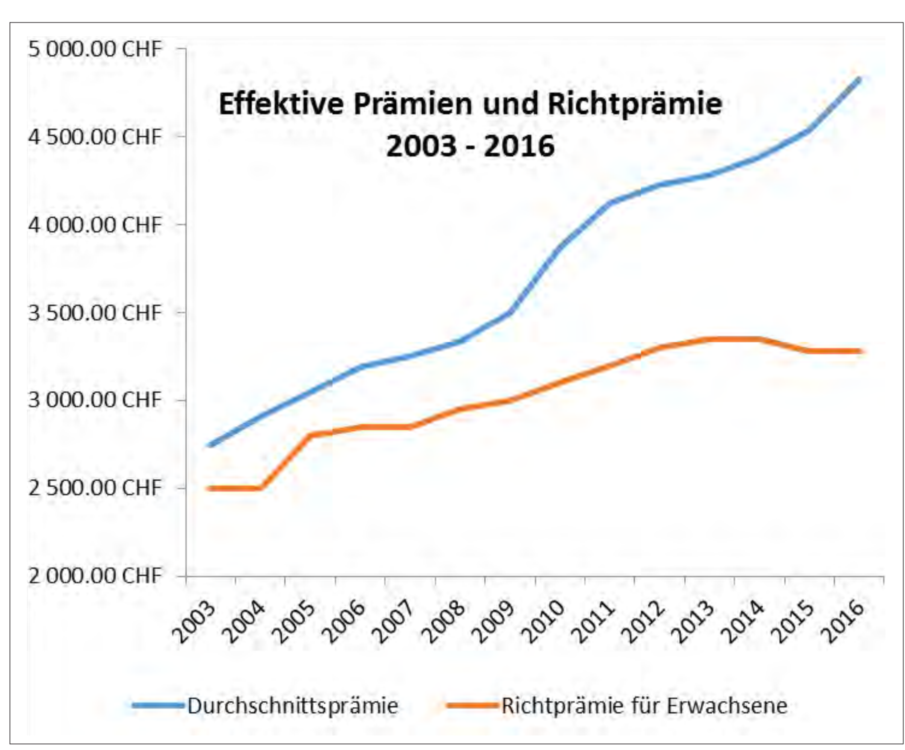
Dumping-Kanton Aargau

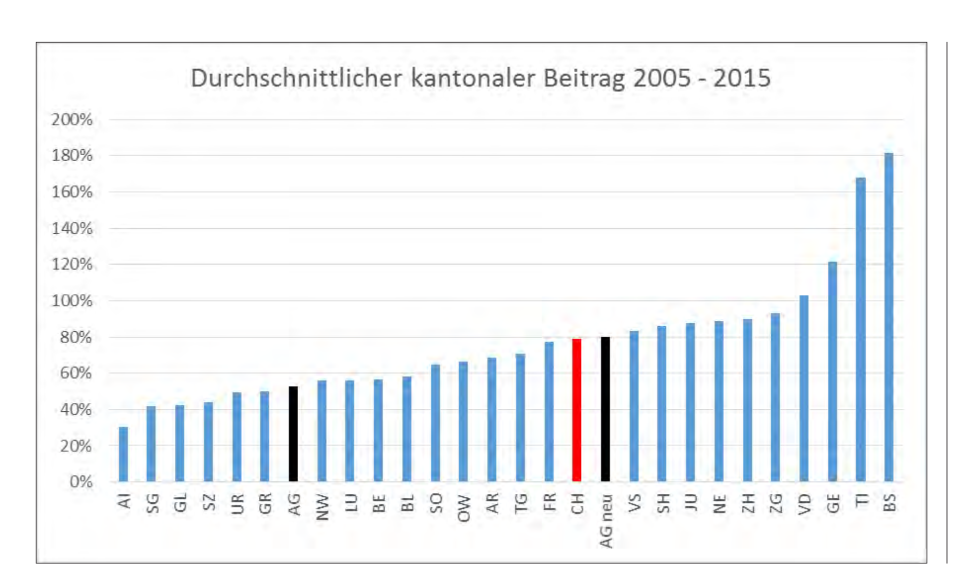
Die Kosten der Prämienverbilligungen werden zurzeit zwischen Bund und Kantonen geteilt. Der Bund schüttet anhand einer bestimmten Formel einen Betrag aus, der sich an der Bevölkerungsgrösse des Kantons orientiert. Die Initiative der SP sieht vor, dass der Kanton künftig mindestens nochmals 80% des Bundesbeitrages beisteuern muss. Zwischen 2005 und 2015 hat der Kanton Aargau durchschnittlich etwas mehr als 52% des Bundesbeitrages bezahlt. Damit liegt er weit hinter dem Schweizer Durchschnitt. Mit den vorgeschlagenen 80% würde er zum Schweizer Durchschnitt aufrücken.

Rechnet man die zusätzlichen Mittel auf die aktuelle Zahl der Bezüger_innen um, dann erhalten die anspruchsberechtigten Aargauer_innen im Durchschnitt zukünftig fast 500 Franken mehr Prämienverbilligung pro Jahr und Haushalt. Der Kanton Aargau würde damit noch lange nicht zum Luxuskanton - er würde damit ungefähr im schweizerischen Durchschnitt liegen.

Endlich auch Prämienverbilligung für die Mittelklasse!

Im Kanton Aargau gab es 2015 171‘486 Bezüger_innen von Prämienverbilligungen. Die hohe Zahl zeigt, dass sich die Notwendigkeit der Prämienverbilligungen bis weit in die Mittelschicht hineinzieht. Vor allem Fa-





milien sind durch die steigenden Prämien einer hohen finanziellen Belastung ausgesetzt und auf Prämienverbilligungen angewiesen. Die immer höheren Hürden werden für die Familien ein immer grösseres Problem. Es braucht deshalb dringend auch für die Mittelschicht faire Prämienverbilligungen.

Diese Argumente sprechen ganz klar für ein JA am 21. Mai!

Bezahlbare Krankenkassenprämien für alle.



1. Maifeiern 2017

Aarau
Markthalle (Zwischen den Toren), 16.00 - 20.00

Umzug ab Bahnhofplatz 16.55 (Besammlung Bushof 16.30 Uhr)
Ansprachen ab 17.30 Uhr von:


Daniel Siegenthaler
Stadtpräsidiums-kandidat/ Einwoh-nerrat SP, Aarau


Irène Kälin
Präs. ArbeitAargau, Grossrätin Grüne, Lenzburg


Leona Klopfenstein
Einwohnerrätin SP, Aarau

Sponsoring: Coop Rechtsschutz, BankCoop und kalkor.ch treuhand

Rahmenprogramm ab 16.00
- Festwirtschaft
- Info- und Marktstände
- Poetry Slam mit **Etrit Hasler**
- Musik mit **Sugar and the Josephines** (Swing und Songs)




Moderation: Silvia Dell'Aquila (Regionalleiterin VPOD)
Organisation: 1. Mai-Kommission Aarau

Zofingen
Markthalle, 16.00 - 20.00

Ansprachen 17.15 / 17.30 / 17.45 von:


Florian Vock
Vize-Präsident AGB, Baden


Yvonne Feri
Nationalrätin SP, Wettingen


Rahela Syed
Grossrätin, Stadträ-tin SP, Zofingen

Rahmenprogramm ab 16.00
- Risotto und feines vom Grill von der SP Oftringen
- Infostände
- Musik mit «**The Klezmorim Quartet**»



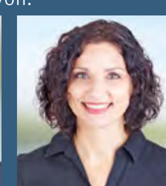
Moderation: Viviane Hösli, Geschäftsführerin ArbeitAargau, Zofingen
Organisation: 1. Mai-Komitee Bezirk Zofingen

Lenzburg
Metzgplatz, 16.00 - 20.00

Ansprachen 17.00 / 17.30 / 18.00 von:


Corinne Schärer
Gleichstellungsbe-auftragte GL Unia, Bern


Aurel Gautschi
JUSO Aargau, Lenzburg


Gabriela Suter
Grossrätin SP Aarau

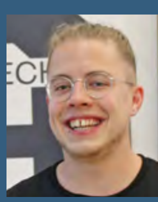
Rahmenprogramm 16.00 - 20.00
- Feines vom Grill
- Kaffee und Kuchen
- Infostände
- Musik mit **Strello** (Gipsy / Strassenmusik)

Moderation: Daniela Neves, Unia Aargau
Organisation: 1. Mai-Kommission Lenzburg

Reinach
Waldhütte Stierenberg, Reinach
16.00 - 20.00

Vorabendfeier! Sonntag, 30. April

Ansprachen ab 16.30 von:


Florian Vock
Vize-Präsident AGB, Baden


Alfred Merz
Grossrat, Vizeam-mann SP, Menziken

Rahmenprogramm ab 16.00:
- selbst gebrautes Bier
- Curry-(und andere) Würste / Salate
- Kaffee und Kuchen
- Musik mit **«Blues-Tinu's Triple Trouble»**

Moderation: Roman Merz, Präsident SP Bezirk Kulm
Organisation: 1. Mai-Kommission Bezirk Kulm

Baden Bahnhofplatz, 12.00 - 19.00

Ansprachen 13.00 / 13.30 / 15.30 / 16.00 von:


Paul Rechsteiner
Präsident SGB Ständerat SP St. Gallen


Tamara Funiciello
Präsidentin Juso Schweiz, Bern


Irène Kälin
Präs. ArbeitAargau, Grossrätin Grüne, Lenzburg


Amina Abdulkadir
Wordklangkünstlerin, Basel

14.00:
Umzug durch die Badener Innenstadt

Organisation: 1. Mai-Komitee Baden (www.1maibaden.ch) - Bezirke Baden und Zurzach

Rahmenprogramm 12.00 - 19.00
- Festwirtschaft
- 12.30 / 15.00 / 16.30 Musik mit **Claudio Eckmann** (Akkordeon) & **Katharine Rüegg** (Violine)

Begrüssung: ***Florian Vock****, Präsident 1. Mai-Komitee Baden*
Moderation: ***Karin Bächli****, Vizepräsidentin Einwohnerrat, SP, Baden*

Brugg Odeon, 16.30 - 20.00

Ansprachen ab 17.00


Urs Hofmann
Regierungsrat SP Aarau


Dieter Egli
Präsident SP-Grossratsfraktion, Windisch

Rahmenprogramm
- 16.30 Apéro
- 18.10 Film (Vorpremiere) «**Der junge Karl Marx**»

Begrüssung/Moderation: ***Andrea Metzler****, Stadträtin SP, Brugg*
Organisation: 1. Mai-Komitee Bezirk Brugg

Wohlen

Kulturbeiz Chappelehof
17.30 - 20.00

Ansprachen ab 18.15 von:


Arsène Perroud
Grossrat, Gemeinderat SP, Kandidat Gemeindeammann, Wohlen


Roland Lamprecht
Zentralsekretär Logistik syndicom, Allschwil

Rahmenprogramm ab 17.30
- Kulinarisches aus der Kulturbeizküche
- Musik mit **«Patrick Grob»**

Begrüssung/Moderation: Cyrille Meier, Präsident Einwohnerratsfraktion SP Wohlen
Organisation: SP Bezirksparteien Bremgarten und Muri

Rheinfelden Im Rumpel, 11.30 - 20.00

Ansprachen im Rumpel (Colonia Libera) ab 15.15 von:


Paul Rechsteiner
Präsident SGB Ständerat SP, St. Gallen


Peter Koller
Grossrat, Stadtratskandidat SP, Rheinfelden


Paola Gallo
Geschäftsleiterin Verein Surprise, Colonia Libera, Basel

SP Bezirksparteien Rheinfelden und Laufenburg
Gewerkschaften Unia, syndicom, VPOD und SEV, Colonia Libera

12.45 **Demomarsch** zur Schifflände,
Apéro mit den deutschen Kolleg_innen

Begrüssung:
Brigitte Rüedin, Vizeammann Stadt Rheinfelden, SP
Kathrin Distler, DGB, Präsidentin IGR

Rahmenprogramm ab 11.30
- Festbetrieb im Rumpel
- Enzos Spaghetti
- Unterhaltung mit Donato

Moderation: Elisabeth Burgener, Grossrätin SP, Co-Präsidentin SP Aargau und Claudia Rohrer Grossrätin SP, Präsidentin SP Rheinfelden

Für Umwelt und Arbeit: Ja zur Energiestrategie 2050!

von Max Chopard-Acklin

Die Schweiz importiert heute immer noch jährlich für über 10 Milliarden Franken nicht erneuerbare Energie aus dem Ausland. Öl, Erdgas und Uran müssen zu 100% importiert werden. Teilweise aus politisch höchst fragwürdigen Staaten mit grossen Demokratie- und Menschenrechtsdefiziten. Dass muss nicht sein. Denn das noch ungenutzte Potenzial an sauberer erneuerbarer Energie in der Schweiz ist gross.

Die Energiestrategie fördert und stärkt die Energieeffizienz und die Produktion einheimischer, erneuerbarer Energie. Dadurch sinkt die Auslandabhängigkeit und die Versorgungssicherheit steigt. Die Wertschöpfung bleibt im eigenen Land. Mit Investitionen in die Energieeffizienz und in erneuerbare Energien tun wir also etwas Gutes für die Umwelt, für die Versorgungssicherheit und für unsere Wirtschaft. Wenn wir die Energie hier, aus Solar- und



Max Chopard-Acklin
Projektleiter Umwelt Arena, Grossrat SP

Wasserkraft, Biogas, Erdwärme, Holz und Windkraft gewinnen, generiert das Arbeit und Arbeitsplätze für den Bau und den Unterhalt der Anlagen. Und wenn in effizientere Geräte und besser isolierte Gebäude investiert wird, generiert das ebenfalls Arbeit und Arbeitsplätze. Die Energiestrategie setzt klare Impulse: Allein durch das Gebäudeprogramm - gefördert von Bund und Kantonen - wurden 2014 Bau-Investitionen von 700 Millionen Franken ausgelöst und es profitierten 5'000 Arbeitsplätze. Die Energiestrategie stärkt das Gebäudeprogramm.

Ein Ja zur Energiestrategie 2050 ist ein Ja zum Aufbruch in ein neues Energiezeitalter, von dem die Umwelt und unsere Industrie- und Gewerbetriebe profitieren.

Sagen wir am 21. Mai Ja zu einem fortschrittlichen Energiegesetz mit einer vernünftigen Energiestrategie: Für die Umwelt und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze!

ArbeitAargau

von Irène Kälin, Präsidentin Arbeit Aargau

ArbeitAargau ist die neue Dachorganisation von 18 Arbeitnehmendenorganisationen im Aargau. ArbeitAargau, von der AZ „Supergewerkschaft" genannt, ist das Ergebnis des Zusammenschlusses von bestehenden Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen und damit die Bündelung der arbeitnehmenden Kräfte im Aargau.

Getrieben ist ArbeitAargau vom Ziel, den Arbeitnehmenden eine gemeinsame Stimme zu geben, die auf dem politischen Parkett besser gehört wird. Und die Kräfte dahingehend zu bündeln, dass die gemeinsamen Ziele erreicht werden und Verschlechterungen für die Arbeitnehmenden abgewendet werden können. Seit zwei Jahrzehnten sind die Einzelverbände nicht nur mit Angriffen der Arbeitgeber auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen konfrontiert, sondern auch politische Entscheide haben die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmenden zunehmend verschlechtert. Darauf ist ArbeitAargau die Antwort mit seinen rund 30'000 Mitgliedern und der Anfang von gemeinsamen Zielen und Werten.

Der Zusammenschluss der arbeitnehmenden Stimmen ist wichtig im Hinblick auf die Zukunft des Kantons. Der Aargau steht vor der Grundsatzfrage, ob all das, was über Jahrzehnte aufgebaut wurde, kaputt gemacht werden soll durch anhaltenden Leistungsabbau oder ob der Aargau ein Kanton sein soll, der das verkörpere, was er vor allem im 19. Jahrhundert verkörpert hat: Ein zukunftsgerichteter Kanton, der etwas aufbauen und weiterbringen will zum Wohle der Gemeinschaft.

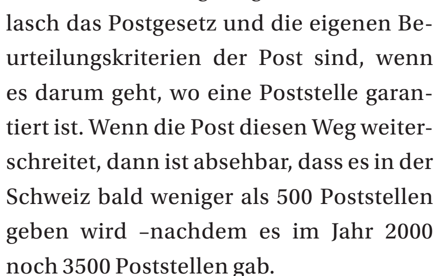
Und das will ArbeitAargau: Bewegen - zum Wohle der Gesellschaft. Wir wollen nicht nur die Rechte der Arbeitnehmenden stärken und verteidigen sondern auch an einem Kanton Aargau mitarbeiten, welcher sich als Wohlfahrtskanton sehen lassen kann. Dabei sind gute Arbeitsbedingungen genauso wichtig wie soziale Sicherheit. Nur eine gelungene Arbeitsmarktpolitik kann die Wohlfahrt der Einzelnen befördern. Dafür wurde ArbeitAargau auf Beginn dieses Jahres gegründet und dafür werden wir mit den vereinten Kräften von 18 Arbeitnehmendenorganisationen kämpfen. Dafür wurde eine gemeinsame Stimme geschaffen, die mit der Kraft von 30'000 Stimmen ihren Forderungen und Zielen zum Durchbruch verhelfen wird. Denn Zusammenhalt macht stark und wir brauchen diese Stärke mehr denn je. Nur die Solidarität unter den Arbeitnehmenden kann sie gegen die Angriffe von aussen schützen. Wir setzen uns dafür ein, dass Bauarbeiter für die Anliegen von Lehrerinnen und Putzmänner für die Forderungen des Pflegepersonals kämpfen.

Das ist ArbeitAargau.

73 Poststellen im Aargau bedroht: Kahlschlag stoppen!

von Martin Schwab

Seit Dezember informiert syndicom in einem Kanton nach dem anderen, welche Poststellen aufgrund der neusten Schliessungswelle der Post gefährdet sind. Die eigens zu diesem Zweck erarbeitete interaktive Gefährdungskarte auf der syndicom-Webseite erfreut sich eines riesigen Interesses.



Martin Schwab
Präsident Syndicom Aargau

Dabei schenkt syndicom der Bevölkerung, aber auch der Belegschaft reinen Wein ein – ein Job, den eigentlich die Post erledigen sollte. Mit der Karte wird aufgezeigt, wie lasch das Postgesetz und die eigenen Beurteilungskriterien der Post sind, wenn es darum geht, wo eine Poststelle garantiert ist. Wenn die Post diesen Weg weiterschreitet, dann ist absehbar, dass es in der Schweiz bald weniger als 500 Poststellen geben wird –nachdem es im Jahr 2000 noch 3500 Poststellen gab.

Von den 100 Poststellen im Kanton Aargau sind 9 bereits im Schliessungsprozess und 73 gefährdet. Nur gerade 18 Poststellen sind durch das Postgesetz und die posteigenen Vorgaben geschützt. Von den 73 gefährdeten Poststellen dürften bis 2020 fast die Hälfte geschlossen werden.

Postagenturen sind kein vollwertiger Ersatz

Das einzige Ziel des Postkaders scheint die Profitmaximierung auf Kosten des Service public zu sein. Eine Strategie ist das nicht. Im Gegenteil: Es ist eine Gefahr für alle Bereiche der Post, wenn die Aushängeschilder geschlossen werden und die Post nur noch Rumpfdienstleistungen in Agenturen anbietet. Denn diese haben nicht nur ein deutlich schlechteres Angebot, sondern können auch nicht weiterentwickelt werden.

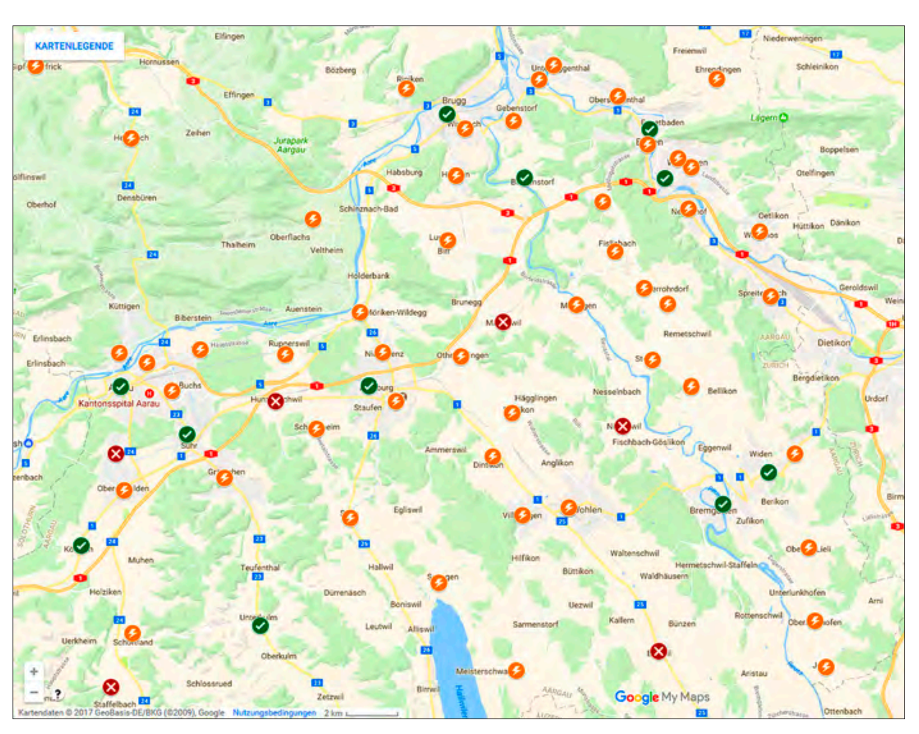
Syndicom hat diese Gefährdungskarte initiiert, weil es dringend notwendig ist, dass Bevölkerung und Politik den Ernst der Lage klar wird. Wenn der totale Kahlschlag bei der Grundversorgung verhindert werden soll, dann muss nämlich jetzt gehandelt werden. Dafür müssen sich Kantone, Gemeinden und nationale ParlamentarierInnen jetzt zur Wehr setzen. Sonst ist bereits im Herbst die Schliessung von weiteren 500 bis 600 Poststellen eingeleitet.

Anders als die Post weismachen will, wird der Service nicht einfach von anderen «Zugangspunkten» wie Hausservice oder Postagenturen übernommen werden. Beide Formen sind deutlich schlechter als eine heutige Poststelle und wenn die Post den gesetzlichen Rahmen voll ausreizt, hätte das für die Grundversorgung massive Konsequenzen.

Die Kampagne der syndicom zeigt erste Erfolge

Vor einem halben Jahr hat syndicom deshalb den Kampffonds geöffnet und betreibt eine grosse Kampagne, um die Öffentlichkeit und die Politik zum Handeln zu bringen. Der Druck von allen Seiten hat Wirkung gezeigt. In der beiden Kammern des nationalen Parlaments wurde von der zuständigen Kommission eine Motion überwiesen, die eine Überarbeitung des Postgesetzes verlangt. Dadurch sind Post und Bundesrat jetzt gefordert.

www.syndicom.ch/Gefaehrdungskarte:



Grün	Gesichert: Poststelle ist nicht gefährdet. Sie entspricht den Kriterien der Post oder des Gesetzgebers. Ihr Weiterbetrieb dürfte gesichert sein.
Gelb	Gefährdet: Es ist anzunehmen, dass die Post die Schliessung dieser Poststelle ernsthaft prüft.
Rot	Poststelle ist bereits im Schliessungsprozess.

Ach dieser Feminismus …

von Daniela Neves

Feminismus ist ein sehr komplexes Thema, bei dem Mann und Frau schnell die Orientierung verlieren. Mittlerweile gibt es viele Theorien und Denkansätze aber es gibt keine einheitliche Definition. Ein Grund, weshalb es komplex ist. Was soll Feminismus bewirken? Braucht es Feminismus überhaupt noch? Auch wenn das Thema komplex ist, wir Frauen sollten es nicht ignorieren. Es geht um uns, unsere Kinder, Freundinnen, Arbeitskolleginnen und Erzfeindinnen.

Wir mögen aus unterschiedlichen Kulturen, gesellschaftlichen Verhältnissen kommen und haben unterschiedliche Vorstellungen über das Leben und was erstrebenswert ist. Eines haben wir jedoch gemeinsam, wir sind allesamt Frauen.

Und wir werden als Frauen noch immer diskriminiert, auch wenn wir es nicht gerne hören oder zugeben. Gleichberechtigung (Frauenwahlrecht, Bildung usw.) Gleichstellung (Frauenquote, Lohndiskriminierung usw.), Sexismus, sexuelle oder reproduktive Selbstbestimmung sind nur einige feministische Themen.

Ich könnte nun mit Zahlen und Fakten um mich werfen, doch die werden schon oft genug genannt. Dass beispielsweise Frauen unerklärbare 677 Franken im Monat weniger verdienen als Männer. Oder immer noch 58 Prozent der Frauen Teilzeit tätig sind – grösstenteils wegen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie – und somit im Alter schlechter abgesichert sind. Frauen sind stärker von prekären Arbeitsverhältnissen und Arbeitslosigkeit betroffen. Frauen haben in vielen Ländern nicht die gleichen oder gar keine Bildungsmöglichkeiten. Die Liste ist endlos …

Daniela Neves
Sekretärin Unia Aargau

Vielleicht nehmen wir es im Alltag nicht wahr, denn man muss sich schon mit dem Thema auskennen, damit einem auffällt, wann wir selbst oder andere Frauen auf der Welt diskriminiert werden. Vielleicht ist es gerade deshalb nicht einfach, dies zu erkennen, weil wir uns nicht gerne als Opfer sehen wollen. Weil wir es nicht wahrhaben wollen.

Schaffen wir es in der heutigen Gesellschaft deshalb noch nicht, dieses Ungleichgewicht zu beheben? Natürlich gibt es noch mehr Ungerechtigkeiten auf der Welt und ja, wir Frauen in der Schweiz haben es im Verhältnis zu anderen Frauen gut. Aber umso mehr stehen wir in der Verantwortung, unseren Beitrag dazu zu leisten, damit dieses Ungleichgewicht behoben wird. Für uns und für die Frauen, die diese Möglichkeiten leider nicht haben.

Der 8. März 2017 wurde geprägt von Trumps Wahlsieg, seinen frauenfeindlichen Äusserungen und der Erkenntnis, dass wir immer noch in einer kapitalistischen, patriarchalischen Gesellschaft leben. Es ist ein Weckruf, den wir nicht überhören dürfen.

Wir Frauen können und dürfen nicht aufhören, für unsere Rechte einzustehen. Wir müssen mehr, lauter, kämpferischer werden. Wir müssen nicht nur am 8. März laut sein, um auf unsere Anliegen aufmerksam zu machen, sondern jeden Tag. Wir müssen uns im Beruf, im privaten Umfeld politisch einsetzen, diskutieren, uns wehren. Aber vor allem müssen wir uns gegenseitig wertschätzen, respektieren und unterstützen, damit wir gemeinsam diese Ungerechtigkeiten beheben. Denn Feminismus steht für Gleichberechtigung, Menschenwürde und Selbstbestimmung.

„Die Vision des Feminismus ist nicht eine ‚weibliche Zukunft'. Es ist eine menschliche Zukunft. Ohne Rollenzwänge, ohne Macht- und Gewaltverhältnisse, ohne Männerbündelei und Weiblichkeitswahn." *(Johanna Dohnal, 2004, erste Frauenministerin Österreichs).*





Alles schön flexibel und effizient – Bloss für wen?

von Silvia Dell'Aquila

Nichts Neues im Gesundheitswesen: Institutionen werden privatisiert – danach wird alles besser. Ein aktueller Fall ist die Änderung der Rechtsform der städtischen Alters- und Pflegeheime der Stadt Aarau. Diese sollen nach dem Willen des Stadtrates und des Einwohnerrates in eine gemeinnützige Aktiengesellschaft gewandelt werden. Durch die Privatisierung erhofft man sich mehr Markt- und Konkurrenzfähigkeit, Flexibilität und Effizienz. Alles schön und gut, wenn da nicht die Bewohner/innen und Angestellten wären.



Silvia Dell'Aquila
Regionalleiterin VPOD Aargau/Solothurn

Am 21. Mai 2017 wird die Aarauer Bevölkerung darüber entscheiden, ob sie die städtischen Alters- und Pflegeheime privatisieren und somit sie in Zukunft dem freien Markt in der Alterspflege überlassen will. Es klingt verlockend: Die heute etwas schwerfällige Verwaltungsstruktur und der politische Entscheidungsweg würde zugunsten einer „dynamischen, schlanken Struktur" aufgegeben, die Stadt spart. Statt der Politik entscheidet ein Verwaltungsrat, der durch die Eigentümerstrategie und Leistungsvertrag zwar gelenkt wird, aber selbständig agiert. Somit würden nach Meinung des Stadt- und Einwohnerrates die „organisatorische und strukturelle Anpassungsfähigkeit und hohe betriebliche Flexibilität" erreicht, die „vertiefte" regionale Zusammenarbeit ermöglicht. Aber, so das Fazit auch in der verabschiedeten Vorlage, „es ändert sich nichts", die gemeinnützige Aktiengesellschaft bleibe ja zu 100% der Stadt, die immer noch ihren Einfluss ausüben könne – solange der Stadtrat nicht anderer Meinung ist und das Parlament einer Veräusserung der Aktien nicht doch zustimmt…

Die Folgen für die Bewohnerinnen und Bewohner sind ungewiss.

Es ist unklar, was der Wechsel für die Bewohnerinnen und Bewohner der städtischen Alters- und Pflegeheime bedeutet. Von Seiten der Stadt wird betont, dass sich für sie weder in der Qualität, noch bei den Kosten etwas ändert. Bzw., die Verselbständigung dürfte sich „kaum oder nur in einem bescheidenen Umfang auf die Höhe der Taxen auswirken." Bis jetzt entschied der Einwohnerrat über das Taxenreglement der Pflegeinstitutionen. Und in Zukunft?

Gute Pflegequalität – nur mit guten Anstellungsbedingungen!

Ein weiterer Punkt betrifft die zukünftige Pflegequalität. Anders als bei der Verselbständigung der IBAarau AG, will die Politik keinen Gesamtarbeitsvertrag mit den Verbänden abschliessen, welche das Personal der städtischen Alters- und Pflegeheime vertreten. Die Anstellungsbedingungen der Angestellten sollen in der neuen Rechtsform nach privatrechtlichen Anforderungen in Einzelarbeitsverträgen geregelt werden. Weder der Hinweis in der Vernehmlassung, noch Gespräche mit der zuständigen Stadträtin oder die Petition, welche ein Drittel der Angestellten unterschrieben hat und Ende Dezember 2016 vom Stadtrat einen Gesamtarbeitsvertrag wie bei der Altersheim-Privatisierungen in Luzern oder dem Kanton Bern vorzusehen, fanden Gehör.

Die Gründe sind vielfältig: die Personalverbände sollen sich nicht mehr „einmischen" können: So hat die Stadt hat mehrmals wiederholt, dass eine „flexible" Zusammenarbeit auf Personalstufe nicht möglich ist, wenn die Aarauer Angestellte einen GAV unterstellt sind. Was natürlich nicht stimmt. Es ist zu befürchten, dass ab dem 1. Januar 2018 die Bedingungen empfindlich verschlechtert werden. Auch der Druck für eine grössere Flexibilisierung der Angestellten im Sinne eines „Personal-Pools" der Heime in der Region wird wachsen. Eines ist aber klar: schlechte Arbeitsbedingungen und gestresstes Personal wirken sich direkt auf die Pflegequalität der Bewohnerinnen und Bewohnern aus. Und daran sind nicht die Angestellten schuld.

Deshalb sagen die Arbeitnehmer-Verbände Nein zur Verselbständigung der städtischen Alters und Pflegeheime

Dem Gesundheitswesen kommt eine wichtige öffentlich-rechtliche Funktion zu, die es zu verteidigen gilt. Mit der Verselbständigung der städtischen Alters- und Pflegeheime der Stadt Aarau wird die demokratische Mitbestimmung beschnitten, die Bewohnerinnen und Bewohner riskieren höhere Taxen und schlechtere Dienstleistungen, die Angestellten werden verunsichert.

Die FDP Aargau verlangt in einem Vorstoss, dass der Kanton das Kantonsspital Aarau AG (KSA), das Kantonsspital Baden AG (KSB) und die Psychiatrischen Dienste AG (PDAG) vollständig verkaufen kann. Damit sollen Interessenkonflikte des Kantons als Eigentümer, Betreiber, Regulator, Finanzierer und Leistungsbesteller seiner Kantonsspitäler gelöst werden. Dieser ist zwar tatsächlich da. Doch mit einer vollständigen Privatisierung werden die Probleme nicht gelöst. Privatisierte Kantonsspitäler würden wie Privatkliniken funktionieren: Statt ein breites Leistungsangebot anzubieten, würden unrentable Versorgungsleistungen abgestossen, denn es soll Gewinn erwirtschaftet werden. Der Kanton muss stattdessen die Kantonsspitäler wieder aufkaufen, denn nur so kann die Gesundheitsversorgung der Aargauer Bevölkerung sichergestellt werden.

JA zur Altersvorsorge 2020

Die Revision Altersvorsorge beinhaltet sowohl eine Finanzierungsvorlage für die AHV als auch eine gemeinsame Revision der AHV und der obligatorischen beruflichen Vorsorge. Sie präsentiert sich als ein Mischpaket. Es gibt einen grossen Rückschritt:

- Das Rentenalter für Frauen wird rasch auf 65 erhöht. Der erste Erhöhungsschritt erfolgt 2018. Ab 2021 gilt Rentenalter 65. Das ist eine Verschlechterung der Rentenbedingungen der Frauen.

Gleichzeitig enthält aber die Revision Fortschritte beim Rentenniveau und bei der Sicherung der Renten:

- Verbesserung der AHV-Renten für NeurentnerInnen um Fr. 840 für Alleinstehende und bis zu Fr. 2'712 für Ehepaare. Die Finanzierung erfolgt durch höhere AHV-Lohnbeiträge.
- Bessere Abdeckung der Teilzeitarbeit in der obligatorischen Beruflichen Vorsorge.
- Solidarisch finanzierte Besitzstandsgarantie für die über 45-Jährigen in der oblig. Beruflichen Vorsorge, die von der Senkung des Mindestumwandlungssatzes betroffen sind.
- PK-Rentenanspruch trotz Stellenverlust kurz (58 Jahre) vor der Pensionierung.
- Modernisierung des Altersrücktritts: Möglichkeit der gleitenden Pensionierung und des Vorbezugs der AHV zu reduzierten Kürzungssätzen.
- Zusatzfinanzierung für die AHV: Überführung von 0,3% MwSt. an die AHV ab 2018 sowie Erhöhung der MwSt. um 0,3% im 2021. Damit können die AHV-Renten weiterhin der Teuerung und Lohnentwicklung angepasst werden.
- Stärkere Beteiligung des Bundes an der AHV-Finanzierung.

Unter dem Strich bringt die Revision den Arbeitnehmenden Fortschritte. Sie ist daher – abgesehen von der Rentenaltererhöhung auf 65 – vorteilhafter als der Status Quo.

Impressum

Herausgeber:
- Aarg.Gewerkschaftsbund AGB
- SP des Kantons Aargau
- Unia Region Aargau
- vpod Region Aargau-Solothurn
- syndicom Aargau

AGB, Postfach 2217, 5001 Aarau

Layout:
Mira Meier, Baden

Umsetzung und Redaktion:
Renato Mazzocco
Sekretär Aarg. Gewerkschaftsbund, Aarau

Druck:
Grafische Gesamtlösungen
Bialek
5722 Gränichen / 062 822 88 88

Auflage: 14 000 Exemplare